



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 07. Mai 2021

Band 15, Ausgabe 9

## Themen

- **Corona**
- **Digitales**
- **Landwirtschaft**
- **Europa**

**«Es geht darum, dass wir Normalität für alle schaffen - für Genesene, Geimpfte und Negativ-Getestete. Es darf jetzt keinen Tourismus in die Bundesländer geben, die geöffnet haben.»**

(JU-Vorsitzender Tilman Kuban)

### In dieser Ausgabe:

- Kommunikation im Netz verbessern 2
- Faire Preise für Lebensmittelherzeuger 2
- Pflege modernisieren 3
- Mehr Rechte für Geimpfte und Genesene 3
- Emissionsarmer Verkehr 3
- Europa weiter voranbringen 4

## Coronaschäden abmildern

Diese Woche hat das Bundeskabinett ein 2-Milliarden-Euro-Paket für Kinder und Jugendliche beschlossen und auf den Weg gebracht: Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022.

Die temporäre COVID-19-Pandemie darf nicht zu dauerhaften Nachteilen für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen führen. Mit dem Aktionsprogramm sollen zum einen pandemiebedingte Lernrückstände aufgeholt werden. Hierfür stellt die Bundesregierung eine Mrd. Euro zur Verfügung. Zum anderen sollen die frühkindliche Bildung, Freizeit-, Ferien- und Sportaktivitäten sowie die Begleitung von Kindern und Jugendlichen im Alltag und der Schule gefördert werden. Hierfür stellen wir ebenfalls 1 Mrd. Euro bereit. Damit werden viele unserer bildungs- und familienpolitischen Forderungen umgesetzt.



In den letzten Wochen und Monaten haben wir im Parlament intensiv darüber diskutiert, welche gravierenden Folgen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für die schulische und psychosoziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit sich bringen. Pandemiebedingte Schulschließungen haben bei rund 25 % der Schülerinnen und Schüler zu Lernrückständen geführt. Rund 80 % der Kinder fühlen sich inzwischen laut einer Studie des UKE in Hamburg besonders stark von der Pandemie belastet. Sieben von zehn Kinder geben in dieser Studie an, dass sich ihre Lebensqualität verschlechtert hat, 40 % der Kinder berichten, dass sie ein schlechteres Verhältnis zu ihren Freunden haben. Wir alle wissen um den seelischen Zustand der Kinder und Jugendlichen und um die psychosozialen Folgen der Einschränkungen im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie.

Wissenschaftler, Kinderpsychologen und Kinderärzte warnen vor dauerhaften Entwicklungsschäden. Diese betreffen nicht nur die kognitiven Entwicklungen, sondern auch und insbesondere die sozialen und emotionalen Entwicklungen. Insoweit ist es wichtig, für die Zeit nach Corona ein Programm zum Durchstarten zu entwickeln.

Dabei haben wir ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass keine pauschale Verteilung von Geldern erfolgt. Vielmehr soll mit einer zielgenauen und bedarfsorientierten Verstärkung bereits vorhandener Strukturen, schnellstmöglich und unbürokratisch eine Umsetzung der Maßnahmen erfolgen. Die Umsetzung der vielen verschiedenen Maßnahmen muss jetzt schnellstmöglich in der Breite erfolgen. Insbesondere müssen zügig Lernstandserhebungen erfolgen, um den schulischen Nachholbedarf von Kindern und Jugendlichen passgenau zu adressieren. Hierfür sind auch Länder und Kommunen in der Verantwortung. Die finanziellen Mittel stellen wir jetzt bereit.

## Kommunikation im Netz verbessern

Am Donnerstag haben wir die Novelle des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) im Deutschen Bundestag verabschiedet. Sie soll dazu dienen, das Internet als Kommunikationsmedium weiter auszugestalten.

Der öffentliche Diskurs findet zunehmend in Sozialen Medien statt, sie sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken und prägen den Meinungsbildungsprozess in unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund besteht ein großes öffentliches Interesse an der Funktionsweise der Verbreitung von Inhalten und am Umgang mit Inhalten, die gegen die Regeln der Plattformen sowie gegen Gesetze verstoßen.

Mit der Ausweitung der Berichtspflichten, höheren Bußgeldern bei Nichteinhaltung der Berichtspflichten und der vorgesehenen Benennung eines inländischen Zustellungs-

bevollmächtigten verbessern wir die Rechtsdurchsetzung und machen das bewährte NetzDG aus dem Jahr 2017 noch transparenter. Außerdem stärken wir Nutzerrechte: Durch das neu eingeführte Gegenvorstellungsverfahren können Nutzerinnen und Nutzer künftig die Entscheidung von



Netzwerken, einen Beitrag zu löschen, überprüfen lassen. Das Soziale Netzwerk wird in diesem Fall zu einer individuellen Begründung verpflichtet. Zudem wird das

Melden von Inhalten über vereinfachte und leichter auffindbare Meldewege sehr viel nutzerfreundlicher sein.

Hass und Hetze verbreiten sich im Internet schnell. Aber wir wissen noch nicht ausreichend darüber, wie Algorithmen ge-

nau zu der Verbreitung beitragen. Deshalb wollen wir, neben vereinfachten Meldewege, Wissenschaftlern einen besseren Zugang zu Daten von sozialen Netzwerken verschaffen. Dafür haben wir auf Initiative der Unionsfraktion die weltweit erste Forschungsklausel eingeführt, mit der Forscher einen Auskunftsanspruch gegenüber Plattformen für wissenschaftliche Daten über die Verbreitung von Hassrede bekommen.

Den Anspruch haben wir in den parlamentarischen Beratungen noch einmal verschärft. Das ist ein Meilenstein, der uns helfen wird, besser zu verstehen, wie sich Hassrede im Internet verbreitet und was wir tun können, um noch wirkungsvoller gegen Hass im Netz vorzugehen. Ich bin froh, dass die Europäische Union diesen Ansatz auch im Entwurf zum Digital Service Act aufgenommen hat.

## Faire Preise für Lebensmittelherzeuger

Am Donnerstag haben wir das Zweite Gesetz zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes beschlossen. Faire Verhandlungen in der Lebensmittellieferkette sind die Basis für gesunde landwirtschaftliche Betriebe und damit für wirtschaftliche Perspektiven in den ländlichen Regionen. Unsere Landwirte und Lebensmittelproduzenten sind systemrelevant. Unsere Versorgung mit hochwertigen und gesunden Lebensmitteln ist sichergestellt. Dennoch sind sie das schwächste Glied in der Le-

bensmittelkette. Die Markt- und Verhandlungsmacht des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) ist enorm. Selbst Verhandlungen zwischen großen Genossenschaften und den großen Vier gleichen deshalb einem Kampf ‚David gegen Goliath‘. Sie halten 85 Prozent des Markts in der Hand und führen einen ruinösen Preiswettbewerb. Verlierer sind die Erzeuger.

Deshalb schützen wir unsere Bauernfamilien und erzeugergetragene Verarbeitungsunternehmen wie beispielsweise Molkeereien vor missbräuchlichen Auswüchsen der Marktkonzentration

des Lebensmitteleinzelhandels. Unfairen Handelspraktiken schieben wir einen Riegel vor. Dazu zählen zum Beispiel Auftragsstornierungen in letzter Minute oder einseitige, rückwirkende Vertragsänderungen.

Die Rücksendung nicht verkaufter Ware ohne Kaufpreiszahlung zu Lasten der Landwirte ist künftig unterbündend. Auch wird es künftig nicht mehr möglich sein, die Lagerkosten des Händlers auf die Lieferanten abzuwälzen. Dafür haben wir uns stark gemacht.

## Pflege modernisieren

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege soll das große Potential der Digitalisierung im Gesundheitsbereich weiter ausgeschöpft werden. Damit dies gelingt, müssen die bestehenden Regelungen fortlaufend an aktuelle Entwicklungen angepasst, ausgebaut und um neue Ansätze ergänzt werden.

Das Gesetz schafft Anreize,

die Versorgung mit digitalen Gesundheitsanwendungen auszubauen und auf den Pflegebereich zu erweitern. Die Vorteile der elektronischen Patientenakte werden künftig stärker genutzt.

Eine weitere Maßnahme ist das Ausweiten der digitalen Kommu-



Kommu-

nikation im Gesundheitsbereich durch Schaffung eines Videokommunikations- und Messagingdienstes. Videosprechstunden werden auch für Heilmittelerbringer und Hebammen möglich und weitere Leistungserbringer werden an die Telematikinfrastruktur angeschlossen. So wird Pflege in Deutschland dauerhaft modernisiert.

## Mehr Rechte für Geimpfte und Genesene

Diesen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag Erleichterungen in der COVID-Pandemie für Geimpfte und Genesene beschlossen. Es ist wichtig, dass diejenigen, die nicht zur Ausbreitung des Virus beitragen, ihre Rechte in größerem Umfang wieder ausüben können. Die Freiheitsrechte sollten die Regel, ihre Einschränkung die begründungsbedürftige Ausnahme sein.

Wenn wir nun für Geimpfte und Genesene Erleichterungen vorsehen, ist klar: Es sind keine Privilegien, die

gewährt werden, sondern es ist die Konsequenz aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass von Geimpften und Genesenen keine oder fast keine Gefahr mehr für andere ausgeht. Wir werden gemeinsam mit der Bundesregierung in den nächsten Wochen prüfen, welche weiteren Erleichterungen möglich sind. Die heute beschlossenen Regelungen sind ein erster Schritt in einer ganzen Reihe von Erleichterungsschritten, die wir hoffentlich bald alle werden gehen können.

Zum einen sorgt die Rechtsverordnung dafür, dass diejenigen,

die nach einer Infektion immun oder vollständig geimpft sind, von den Beschränkungen privater Kontakte und den Ausgangsbeschränkungen ausgenommen sind. Zum anderen sorgt die Verordnung dafür, dass derjenige, der das Virus nicht mehr weitergeben kann, bei den bundeseinheitlichen Regelungen ab einer Inzidenz von 100 wie eine negativ getestete Person behandelt wird. Wer also vollständig geimpft ist, der muss beispielsweise keinen Schnelltest vorweisen, wenn er etwa zum Friseur geht.

## Emissionsarmer Verkehr

Diese Woche haben wir das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge sowie zur Änderung vergaberechtlicher Vorschriften verabschiedet. Die Umsetzung dieser EU-Richtlinie in deutsches Recht hat zum Ziel, einen Nachfrageimpuls



von sauberen – emissionsarmen oder emissionsfreien – Straßenfahrzeugen im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe zu fördern. Damit sollen die Emissionen im Verkehrsbereich reduziert und der Beitrag öffentlicher Beschaffungsstellen zur Verringerung der CO2-

und Luftschadstoffemissionen gestärkt werden.

Dazu legt das Gesetz verpflichtende Mindestziele für die öffentliche Auftragsvergabe fest. Auf diese Weise wird der Markt für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge gefördert und der Anteil emissionsarmer und emissionsfreier Fahrzeuge insbesondere im ÖPNV gesteigert.

**AXEL E. FISCHER**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**«Lockerungen der Corona-Beschränkungen nur für Geimpfte und Genesene allein reichen nicht aus. Erforderlich sind aus wirtschaftlichen ebenso wie psychologischen Gründen konkrete Öffnungsperspektiven auch für Unternehmen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und um Existenzen zu sichern.»**

(BDI-Präsident Siegfried Russwurm zu aktuellen Lockdown-Erleichterungen)

## Europa weiter voranbringen

14 Jahre nach der Unterzeichnung des Lissaboner Vertrages und 71 Jahre nach der Schuman-Erklärung befindet sich die Europäische Union (EU) in einer entscheidenden Phase. Die EU bildet noch immer einen der größten Wirtschaftsräume der Welt und sie hat politisches Gewicht. Unsere Werte der individuellen Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind nach wie vor attraktiv. Aber unser Modell steht längst nicht mehr unangefochten da: Aufstrebende neue Mächte machen ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss geltend. Insbesondere China fordert den Westen in seinem Wohlstandsversprechen heraus, nicht zuletzt während der Covid-19-Pandemie. Internationale Krisenherde an unseren Grenzen, ein starker Migrationsdruck, eine neue Konfrontation von Ost und West und die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs verändern die Vorzeichen für das Integrationsprojekt Europa als Garant von Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand grundlegend.

Die Konferenz zur Zukunft Europas in der kommenden Woche ist eine Chance, Antworten auf diese veränderten Rahmenbedingungen zu geben. Wir brauchen die EU,

um uns in einer Welt von einseitig agierenden Supermächten, mit denen kein europäischer Staat allein konkurrieren kann, behaupten zu können. Ohne die EU werden wir auf die großen Herausforderungen der Gegenwart wie den Klimawandel, die Sicherung der Welternährung, die Migrationskrise oder die Digitalisierung keine effektive Antwort geben können. Mit rein nationalen Lösungen kommt man in diesen Politikfeldern nicht weiter. Dabei gilt, dass nationale und europäische Souveränität zusammengedacht werden müssen. Wir möchten die EU weder als einen Föderalstaat noch als einen losen interessensgeleiteten Wirtschaftsverbund verstanden wissen.

Die europäische Integration hat unter Konrad Adenauer und Robert Schuman mit der Idee des Schutzes voreinander durch eine gemeinsame Kontrolle kriegswichtiger Industrien begonnen. Heute geht es um den Schutz nach außen, um die gemeinsame Stellung Europas in der Welt. Deshalb wollen wir die Konferenz zur Zukunft Europas für eine europäische Souveränitätsoffensive nutzen.

Die Schlagkraft der EU muss größer werden – und die Stimme Europas in der Welt klarer

und deutlicher vernehmbar sein. Unsere Leitidee für die Konferenz ist daher ein Paradigmenwechsel von der Binnenorientierung hin zu einer Weltorientierung der EU. Dafür braucht es aber eine ergebnisoffene und ehrliche Debatte auf welchem Wertefundament das

Europa der 27 steht und wohin wir es gemeinsam entwickeln wollen.

Gerade weil wir als Union den Verfassungsauftrag der europäischen Einigung ernst nehmen, sollten wir ehrliche Selbstkritik an der EU zulassen. Weder unreflektierter Europajubel noch engstirniger Nationalismus oder Isolationismus lösen die tatsächlichen Probleme der Zukunftsfähigkeit der EU.

In ihrer jetzigen Struktur und der derzeitigen politischen Praxis erscheint die EU gegenüber den neuen Herausforderungen und auch den berechtigten Erwartungen ihrer Bürger nicht ausreichend gewappnet. Wir möchten uns bei der Konferenz zur Zukunft Europas dafür einsetzen, dass europäische Politik fokussierter, handlungsfähiger und direkter legitimiert wird. Wir stehen - in der Tradition von Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß und Helmut Kohl - bereit, ein neues Kapitel in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses aufzuschlagen.

